



Aktueller Begriff - Europa

Programm der zyprischen Ratspräsidentschaft der EU 2012

Am 1. Juli 2012 hat die Republik Zypern erstmalig seit ihrem EU-Beitritt 2004 die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Zypern möchte trotz einer schwierigen Ausgangslage zu einem „besseren Europa“ beitragen. Erst am 25. Juni 2012 beantragte das Land Hilfen aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF). Darüber hinaus ist eine Lösung des Zypernkonfliktes, infolgedessen die Türkei den nördlichen Teil Zyperns seit 1974 besetzt hält, nicht absehbar.

Um Europa **effizienter und nachhaltiger zu gestalten**, will Zypern die Verhandlungen des **Mehrwährigen Finanzrahmens 2014-2020** zum Abschluss bringen und einen gerechten und effizienten Haushalt festlegen, der das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung in der EU fördert. Dabei hat ein erfolgreiches Management der **Kohäsionspolitik** höchste Priorität. Zypern unterstützt im Einklang mit der Strategie Europa 2020 ein umweltgerechtes Wachstum sowie einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und plant eine Nachbereitung des Rio+20-Gipfels. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Optimierung ihrer technischen Infrastruktur möchte sich die Ratspräsidentschaft verstärkt mit den **transeuropäischen Netzen** für Transport, Energie und Telekommunikation befassen. Des Weiteren unterstreicht Zypern das wirtschaftliche Potential maritimer Aktivität und will die **Integrierte Europäische Meerespolitik** wiederbeleben und sie effizienter und nachhaltiger gestalten. Für die Reform der **Gemeinsamen Fischereipolitik** (GFP) soll die Annahme des bestehenden Vorschlagspakets, das Vorschläge für die Grundversorgung der GFP, für die gemeinsame Marktorganisation und den neuen Meeres- und Fischereifonds enthält, erwirkt werden. In den Verhandlungen über die Zukunft der **Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP) möchte man zwischen den Institutionen der Union und den Mitgliedstaaten ein Höchstmaß an Konsens erzielen.

Zypern will darüber hinaus zu einer **leistungstärkeren und wachstumsorientierteren Wirtschaft** in Europa beitragen. Die Folgen der Wirtschaftskrise könnten nur mit **Haushaltskonsolidierung** und der **Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums** bewältigt werden. So sollen zwei weitere Verordnungsvorschläge (das sog. **Two Pack**) zur Unterstützung des Überwachungsmechanismus und zur Förderung der wirtschaftlichen Integration und Konvergenz der Eurozone erfolgreich in den bereits gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt integriert und eine reibungslose Ratifizierung des **Fiskalvertrags** sichergestellt werden. Ferner legt die zyprische Ratspräsidentschaft besonderen Wert auf die Stärkung des **Rechtsrahmens für Finanzdienstleistungen**, um die Markttransparenz und den Schutz der Verbraucher und Anleger zu verbessern. Zu diesem Zweck engagiert sie sich insbesondere für eine Revision der Richtlinien über Märkte für Finanzinstrumente und eine Neuregelung der Verordnung über Ratingagenturen. Zudem soll weiter an den Gesetzgebungsmaßnahmen zur Umsetzung des Basel III-Vertragswerks bezüglich der Eigen-

Nr. 05/12 (05. Juli 2012)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

kapitalanforderungen an Banken gearbeitet werden. Zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums hält die Ratspräsidentschaft eine Stärkung des Binnenmarkts für erforderlich. Daher will sie unter anderem die Bemühungen der vorherigen Ratspräsidentschaften um die Einsetzung eines gemeinsamen **EU-Patentgerichts** fortsetzen. Ein weiteres Projekt soll die Modernisierung des Rechtsrahmens für die **Anerkennung von fachlichen Qualifikationen** sein. Die besondere Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen für den Binnenmarkt will Zypern hervorheben, indem deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und ihnen der Zugang zu Fördermitteln erleichtert wird.

Die zyprische Ratspräsidentschaft strebt ferner ein **bürgernahes Europa mit Solidarität und sozialem Zusammenhalt** an. Sie will sich vor allem für eine Einigung über das für Ende 2012 geplante **Gemeinsame Europäische Asylsystem** einsetzen. Darüber hinaus sollen die Richtlinienvorschläge zur Einreise und zum Aufenthalt von Saisonarbeitern aus Drittländern und zur konzerninternen Entsendung weiterverhandelt und die Umsetzung des strategischen Konzepts der EU zum Migrationsdruck verfolgt werden. Um illegale Einwanderung einzudämmen und den rechtmäßigen Zugang zur EU zu erleichtern, unterstützt die Ratspräsidentschaft die Gesetzesvorlage zur **Schaffung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR)**. Ein bürgernahes Europa will Zypern insbesondere mit der Bekämpfung von **Jugendarbeitslosigkeit** sowie mit Investitionen in bessere und zusätzliche Arbeitsplätze erreichen. Des Weiteren soll in diesem Bereich **Gesundheit, Wohlbefinden** und **Bildung von Kindern** im Vordergrund stehen und Kinderarmut bekämpft werden. Zudem möchte Zypern die Reform des rechtlichen Rahmens zum **Schutz persönlicher Daten** vorantreiben.

Im Rahmen der **Erweiterungspolitik** beabsichtigt die Ratspräsidentschaft den im Juli 2013 geplanten **Beitritt Kroatiens** zur EU vorzubereiten. Weitere Verhandlungen über einen Beitritt der **Türkei** sind dagegen ungewiss. Der türkische Außenminister kündigte an, dass zwar die Beziehungen der Türkei zur EU weitergeführt würden, allerdings beteilige sich kein Ministerium und keine Organisation der Türkischen Republik an Aktivitäten, bei denen „Südzypern“ den Vorsitz habe. Zypern will gleichwohl die türkischen Reformbemühungen sachlich überprüfen. Ein besonderes Augenmerk legt die Ratspräsidentschaft auf die westlichen Balkanländer. Man ist bereit, Beitrittsverhandlungen mit **Montenegro** zu führen, die jedoch erst vom Rat eingeleitet werden müssen. **Mazedonien** und **Serbien** sollen weiterhin bei ihren Beitrittsbemühungen unterstützt werden. Im Bereich der **Nachbarschaftspolitik** sieht sich Zypern aufgrund der geographischen Lage und des guten Verhältnisses in der Vergangenheit als eine Brücke zwischen der EU und dem **Nahen Osten** und will Übergangsgesellschaften bei der Umsetzung wichtiger politischer Ziele und gesellschaftlicher Reformen unterstützen.

Quellen:

- Programm der zyprischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union, online abrufbar: <http://www.cy2012.eu/de/menu/the-presidency-eu/cyprus-presidency/programme-and-priorities> (Stand: 27. Juni 2012).
- Türkei will zyprische EU-Präsidentschaft nicht anerkennen, WELT ONLINE v. 08.06.2012, online abrufbar: <http://www.welt.de/newsticker/news3/article106438209/Tuerkei-will-zyprische-EU-Praesidentschaft-nicht-ankennen.html> (Stand: 27. Juni 2012).
- Rede des zyprischen Außenministers, Dr. Erato Kozakou-Marcoullis, in englischer Sprache online abrufbar: <http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2006.nsf/All/5F90C712079916A6C2257A1C002264E5?OpenDocument> (Stand: 27. Juni 2012).